IMBACH-Frühlingswanderreisen

15. bis 22.2. Mandelblüte auf Mallorca
15. bis 22.3. Orchideenblüte auf Kreta
09. bis 13.4. Tulpenblüte in Amsterdam

IMBACH
www.imbach.ch

Freitag, 17. Januar 2014 | Nr. 3 | 56. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

JA ZUR VOLKSINITIATIVE «GEGEN MASSENEINWANDERUNG»

Steuerung der Zuwanderung als Staatsaufgabe

Ein unabhängiger Staat bestimmt selber, wer auf seinem Staatsgebiet lebt. Dieser Grundsatz, den die Schweiz mit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU preisgegeben hat, soll mit der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung in der Verfassung festgeschrieben werden. Die Schweiz soll die Einwanderung von Ausländern wieder selber steuern und kontrollieren können: Wie viele kommen in die Schweiz? Wer? Für wie lange?

Hans-Ueli Vogt
Kantonsrat SVP
Zürich 7/8

In den letzten Jahren sind durchschnittlich 80 000 Menschen pro Jahr mehr in die Schweiz eingewandert als ausgewandert. Das sind so viele, wie in der Stadt Luzern wohnen. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, werden in 20 Jahren etwa 10 Millionen Menschen in der Schweiz leben. 80 000 Menschen brauchen 34 000 Wohnungen, 40 000 Autos, einen Fünftel der Energie des Kernkraftwerks Mühleberg, 300 Schulklassen, 500 Lehrer, 70 Schulhäuser, 160 Ärzte und 600 Krankenpfleger. Dieses Wachstum kann nicht beliebig weitergehen, denn der Lebensraum Schweiz ist beschränkt. Wir müssen ihn im Interesse unseres Lebensstandards und unserer Lebensqualität erhalten. Allein schon darum muss die Zuwanderung gesteuert werden.

Steuerung nicht allein der Wirtschaft überlassen

Für die Unternehmen ist die freie Zuwanderung aus der EU in die Schweiz attraktiv. Sie können aus einem Pool von 500 Millionen Menschen auswählen und den Angestellten tiefere Löhne zahlen, und sie können sie entlassen, wenn sie sie nicht mehr brauchen. Die Krux an diesem System ist, dass die Allgemeinheit seine Nachteile hinnehmen muss: die Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, auf den öffentlichen und privaten Verkehr, die Infrastruktur, die Landschaft und den Sozialstaat, aber auch die Probleme der Integration von Ausländern.

Personenfreizügigkeit ist eine Zuwanderungspolitik nach dem Prinzip «Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste».

Die freie Zuwanderung wirkt sich auch negativ auf die Schweizer Wirtschaftspolitik aus. Sie führt zu Überregulierung, weil die grossen Unterschiede zwischen den an der Personenfreizügigkeit beteiligten Volkswirtschaften staatliche Eingriffe erfordern, vor allem in den Arbeitsmarkt; dazu später. Und die freie Zuwanderung führt dazu, dass in der Schweiz zu wenig Leute in den Berufen ausgebildet werden, bei denen der grösste Bedarf besteht: Ärzte, Pfleger, Ingenieure und Chauffeure werden im Ausland rekrutiert, statt dass das Schweizer Bildungssystem auf die Bedürfnisse des Schweizer Arbeitsmarktes ausgerichtet wird.

Weil die Arbeitskräfte, die in die Schweiz kommen, auch Konsumenten, Fahrgäste, Patienten usw. sind, profitiert die Wirtschaft auch von der Nachfrageseite her von der Zuwanderung. Daraus ergibt sich jedoch eine eigentümliche Entwicklung, vor allem bei Dienstleistungen der öffentlichen Hand: Immer mehr ausländisches Spitalpersonal operiert und pflegt immer mehr Ausländer, immer mehr ausländische Tram- und Buschauffeure chauffieren immer mehr ausländische Fahrgäste umher, immer mehr ausländische Beamte beschäftigen sich mit den Problemen von immer mehr Ausländern.

Man reibt sich als Schweizer die Augen und fragt sich, warum sich das Ganze auf Schweizer Boden abspielen muss, bezahlt aus Schweizer Steuergeldern. Die Zuwanderung ist zu einem beträchtlichen Teil nötig, um Stellen zu besetzen, die durch die Zuwanderung erst nötig wurden. Die Zahl der Arbeitsplätze hat in den vergangenen fünf Jahren denn auch vor allem im Gesundheits- und Sozialwesen, in der öffentlichen Verwaltung und in den Bereichen Erziehung und Unterricht stark zugenommen. Ein solches Wachstum des öffentlichen Sektors liegt nicht im Interesse der Schweiz. Wegen all dieser volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen einer freien Zuwanderung muss eine in erster Linie auf die Bedürfnisse der Unternehmen ausgerichtete Zuwanderungspolitik durch eine staatliche Steuerung ergänzt werden, die dem Gemeinwohl, dem Lebensraum Schweiz und den künftigen Generationen verpflichtet ist.

Personenfreizügigkeit mit der expandierenden EU

Personenfreizügigkeit ist eine gute Wirtschaftspolitik im Verhältnis zwischen Ländern mit ähnlichen Lebensstandards und ähnlichem wirtschaftlichem Entwicklungsstand und wenn die Migrationsbewegungen allein durch den Arbeitsmarkt veranlasst sind. Im Verhältnis zwischen einigen süd- und osteuropäischen Ländern und der Schweiz sind diese Voraussetzungen kaum erfüllt. Hier besteht zum einen ein derart grosses Gefälle, dass die Schweiz nicht nur die Leute anzieht, die der Arbeitsmarkt benötigt. Dieses Gefälle wird im Verhältnis zur EU mit jedem weiteren osteuropäischen Land, das neu zur EU stösst bzw. mit dem Personenfreizügigkeit besteht, vergrössert: mit der vollen Personenfreizügigkeit mit Bulgarien und Rumänien, dann mit Kroatien, später allenfalls mit Montenegro, der Türkei, Mazedonien, Serbien und Albanien. Zum andern ist die Einwanderung aus diesen Staaten nicht allein durch den Arbeitsmarkt gesteuert.

Unser System der Sozialleistungen verzerrt eine rein vom Arbeitsmarkt getriebene Zu- und Rückwanderung, denn es lebt sich als Arbeitsloser in der Schweiz besser denn als Arbeitsloser (und unter Umständen gar als Arbeitstätiger) in gewissen süd- und osteuropäischen Staaten. Die Arbeitslosenquote ist denn auch bei den Ausländern mehr als doppelt so hoch wie bei den Schweizern. Personenfreizügigkeit mit der EU ist darum aus Sicht der Schweizer Volkswirtschaft keine gute Wirtschaftspolitik. Vor diesem Hintergrund ist es auch unverständlich, dass die Schweiz ausgerechnet mit Staaten, deren Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entwicklung, deren Lebensstandard und Bildungssystem unseren nicht ebenbürtig sind, Personenfreizügigkeit vereinbart hat, hingegen nicht mit Staaten, die über weltweit führende Volkswirtschaften und Bildungsinstitutionen verfügen. Innerhalb der EU herrscht Personenfreizügigkeit, weil sie zum Programm und zur Vision der «Vereinigten Staaten von Europa» gehört. Die Personen-freizügigkeit ist Teil der innereuropäischen Solidaritätsbemühungen und eine Voraussetzung dafür, dass die EU auf der Bühne der Weltpolitik als schlagkräftiger Akteur auftreten kann. Negative volkswirtschaftliche Auswirkungen werden im Interesse dieses übergeordneten Ziels in Kauf genommen. Über diese weltpolitischen Ambitionen der EU braucht die Schweiz nicht zu urteilen. Es reicht die Feststellung, dass diese Ambitionen keine schweizerischen sind, und darum darf sich die Schweiz auch nicht mit einem Vertrag den Zielen der EU unterordnen.

Lösung der Zuwanderungsprobleme durch die Initiative

Was ist zu tun angesichts der Herausforderung, die die Zuwanderung für unseren Lebensraum darstellt, angesichts der Interessen der Wirtschaft, aber auch angesichts der negativen volkswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Auswirkungen einer unkontrollierten Zuwanderung? Erstens muss die Schweiz die Zuwanderung wieder selber steuern. Sie darf die Steuerung weder gegenüber

Fortsetzung auf Seite 2

Parolen zur Volksabstimmung vom 9. Februar 2014

SVP des Kantons Zürich

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI)	NEIN
2. Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»	JA
3. Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»	JA

KANTONALE VORLAGEN

1. Planungs- und Baugesetz (PBG) (Änderung: Zonen mit Anordnungen zur Nutzung erneuerbarer Energien)	NEIN

Diverse neu renovierte Büroräume zu vermieten:

Adlikerstrasse 290,
8105 Regensdorf

10 Min. vom Flughafen,
5 Min. von Autobahnausfahrt

Nutzfläche 220 m2
Miete/Monat: CHF 3‘750.—
Nebenkosten CHF 550.—
Netto-Miete CHF 3‘200.—

Verfügbar nach Vereinbarung

Besichtigung/Kontakt:

Fehr Treuhand und Immobilien AG
Hochstrasse 6
8044 Zürich
Tel. 044 262 23 23
Fax 044 262 23 24
www.Immobilien-Fehr.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

GOAL GLOSSAR

Kontinuität

Kontinuität
<lat.> continuitas – «ununterbrochene Fortdauer»

Damit eine Botschaft Erfolg bringt, darf nicht von ihr abgewichen werden. Denn Beständigkeit ist ein Prinzip des Erfolges. Deshalb raten wir unseren Kunden: Bleiben Sie Ihrer Botschaft treu! Denn nur ununterbrochenes Fortbestehen einer Botschaft bringt den Erfolg.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

STAATLICHER ÖKOZWANG

Hans Heinrich Raths, Kantonsrat SVP, Pfäffikon
«Das Privateigentum ist zu schützen. Darum lehne ich einen staatlichen Zwang für bestimmte Energieformen entschieden ab.»

Überparteiliches Komitee
Alfred Heer, Kantonsrat
Postfach 470, 8702 Zollikon

9. Februar 2014
Planungs- und Baugesetz PBG
NEIN
www.ökozwang.ch

Christoph Mörgeli

Johanna der Steuerschlachthöfe

Johanna Bartholdi – Chefin des nichtalkoholischen Cafetier-Verbandes – ist gleichwohl die Mutter aller Schnapsideen. Weil jedes zweite Café vor dem Aus stand, wollte die resolute Dame im Jahr 2006 allen Kunden eine Eintrittsgebühr abknöpfen. Und zwar mindestens fünf Franken, egal, was konsumiert wird. Frau Bartholdi amtet übrigens als Präsidentin und Geschäftsführerin von Cafetier Suisse gleichzeitig. Transparente Unternehmensführung sieht anders aus. Doch als Egerkinger Gemeindepräsidentin ist Johanna Bartholdi für volle Transparenz. Sie erfand 2013 den «Steuerpranger». Und erlangte damit noch nachhaltigere Berühmtheit.

Sechs Bürger kanzelte diese Horrormagistratin an einer Gemeindeversammlung namentlich als säumige Steuerzahler ab. Wie vor dreihundert Jahren, als sich die Holzfrevler, Kirchenschwänzer und Ehebrecher vor der Gemeinde aufstellen mussten. Um vor dem Schlussgebet vom Pfarrer mündlich und vom Landjäger noch handfester gezüchtigt zu werden. Wir kennen die blossgestellten armen oder weniger armen Teufel aus Egerkingen nicht. Doch wer im freien Markt wirtschaftet, gerät zuweilen in finanzielle Engpässe. Der festbesoldeten Verbands- und Gemeindefunktionärin Bartholdi kann solches natürlich nicht passieren.

Wie wäre es, wenn die FDP-Politikerin den ehemaligen kantonalen Steuereintreiber anklagen würde? Nämlich ihren Parteikollegen Christian Wanner. Kein Steuersünder zwar, aber ein Spesensünder. Oder wenn sie einen Moment bedächte, wer der grösste aller Egerkinger Schuldner ist: die Gemeinde Egerkingen mit langfristigen Millionenschulden. Da müsste sich die Frau Gemeindepräsidentin auf dem Dorfplatz gleich selber ins Halseisen sperren.

Doch unser Gebührenfernsehen feierte die Rechtsbrecherin Johanna Bartholdi als Jeanne d'Arc der Steuergerechtigkeit. Frei nach Bertolt Brecht – als heilige Johanna der Steuerschlachthöfe. Die Staats- und Konzessionslinken von Fernsehen SRF schlugen sie an der grossen, langen «Swiss-Award»-Gala als Preisträgerin vor. Die 8,66 Prozent Publikumsstimmen bestätigten Bartholdi, «das Richtige getan zu haben». Für Steuersünder gibt's kein Pardon. Da ist der öffentliche Rufmord eine mutige Tat. Anonymität und Datenschutz gelten bei der Gutmenschen-Jury von SRF nur für Sans-Papiers, Asylbewerber und ausländische Kriminelle.

ZULASTEN DER SCHWEIZERINNEN UND SCHWEIZER

Bundesrat will noch mehr Zuwanderung

Der Bundesrat hat mit seinen am Mittwoch präsentierten Massnahmen im Wohnungsbereich erneut seine erschreckende Hilflosigkeit im Zusammenhang mit der fortschreitenden Masseneinwanderung unter Beweis gestellt. Die von ihm vorgesehenen Staatseingriffe in den Wohnungsmarkt werden in letzter Konsequenz einzig dazu führen, dass zusätzliche Einwanderer angezogen werden. Und dafür soll die Eigentumsfreiheit der Schweizerinnen und Schweizer eingeschränkt werden!

SVP. Die jährlich 80000 neuen Einwanderer lösen einen Bedarf von über 34000 Wohnungen aus und beanspruchen eine Siedlungsfläche von rund 4500 Fussballfeldern. Die Folgen sind zunehmende Wohnungsknappheit und höhere Mietpreise für alle. Diese Konsequenz der masslosen Zuwanderung hat der Bundesrat diese Woche selber bestätigt.

Der Bundesrat hat aber auch einmal mehr dokumentiert, dass er über keine tauglichen Rezepte verfügt, um der aktuellen Masseneinwanderung zu begegnen. Mit einer für die ansässige Bevölkerung teilweise schädlichen Symptombekämpfung sollen die Eigentumsfreiheit eingeschränkt und nun auch der Wohnungsmarkt mit staatlichen Eingriffen und zusätzlicher Bürokratie überzogen werden.

Zuwanderung endlich selber steuern

Dies ist ein völlig falscher Ansatz, welcher der ansässigen Bevölkerung weitere Lasten auferlegt und letztlich nur zu zusätzlicher Einwanderung führt, weil die Kosten für die Zuwanderer sinken sollen. Oder beabsichtigt der Bundesrat etwa, Zuwanderer von den präsentierten Massnahmen auszuschliessen? Die nicht durchdachten Vorschläge werden in letzter Konsequenz zu einer weiteren Verknappung des Wohnraums und zu steigenden Mietkosten und Immobilienpreisen führen. Ebenso wird sich die Verbauung und Zersiedelung fortsetzen. Der Bundesrat befeuert also mit den präsentierten Massnahmen im Wohnungsbereich die Zuwanderungsspirale und die damit zusammenhängenden negativen Folgen weiter.

Nur die Rückgewinnung der Steuerung und Kontrolle über die Zuwanderung erlaubt eine massvolle Einwanderungspolitik zum Wohle des Landes. Deshalb ist eine Zustimmung zur Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung» am 9. Februar 2014 entscheidend, um eine Zukunft in Wohlstand zu ermöglichen.

Missbrauchsbekämpfung für die Galerie

Völlig unzureichend sind auch die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung. Der Bundesrat möchte hier offenbar im Hinblick auf den 9. Februar einen erhöhten Aktivismus zum Ausdruck bringen.

Die Massnahmen stellen entweder eine Selbstverständlichkeit dar oder sind kaum eine zusätzliche Hürde für die Einwanderung ins Sozialsystem, weil sie problemlos umgangen werden können. Ohne Anpassungen bei der Personenfreizügigkeit wird es hier keine wirkungsvollen Lösungen geben.

Fortsetzung von Seite 1

der EU noch gegenüber den Unternehmen ganz aus der Hand geben. Einerseits ist mengenmässig, quantitativ zu steuern. Das geschieht dadurch, dass Höchstzahlen festgesetzt werden, mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Unternehmen und die Wirtschaftslage, letztlich aber im Interesse der «Gesamtwirtschaft» (so der Ausdruck im Initiativtext). Damit können Unternehmen ihre Arbeitskräfte bei Bedarf nach wie vor im Ausland rekrutieren.

Andererseits ist die Zuwanderung auch in qualitativer Hinsicht zu steuern. Das bedeutet, dass der Bedarf nach einer ausländischen Arbeitskraft durch ein Gesuch eines Arbeitgebers ausgewiesen sein muss, dass die betreffende Person aber auch bereit und in der Lage sein muss, sich in der Schweiz zu integrieren, und dass sie nicht auf finanzielle Unterstützung des Staates angewiesen sein darf. Nach genau diesen Kriterien sind gemäss der Volksinitiative die Arbeitsbewilligungen im Rahmen der Höchstzahlen zu verteilen.

Wenn – zweitens – die Zuwanderung quantitativ und qualitativ gesteuert wird, sollen Personen aus der EU nicht mehr gegenüber solchen aus dem übrigen Ausland bevorzugt werden. Es sind gegenüber allen die gleichen, genannten Kriterien anzuwenden. Bevorzugt zu behandeln sind hingegen die in der Schweiz schon länger ansässigen Personen. Denn die Schweiz hat aus wirtschaftspolitischer Sicht ein Interesse daran, dass diese Personen möglichst alle eine Stelle haben. Der Gesichtspunkt der Vollbeschäftigung im eigenen Land rechtfertigt die Bevorzugung der hier Ansässigen.

Dieser Vorrang würde mit der Annahme der Initiative in der Verfassung festgehalten. Er würde übrigens auch dazu führen, dass die Bildung und Ausbildung in der Schweiz wieder stärker auf die Bedürfnisse des Schweizer Arbeitsmarktes ausgerichtet würden.

Und drittens muss der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt und auf Sozialleistungen eingeschränkt werden können. Denn nach der Logik einer arbeitsmarktgesteuerten Zuwanderung sollen ausländische Arbeitnehmer, wenn sie in der Schweiz nicht mehr angestellt werden können, nicht in der Schweiz bleiben. Und die Sozialleistungen müssen im Vergleich zu jenen der hier ansässigen Personen geringer sein können, damit Menschen nicht allein wegen dieser Leistungen einwandern bzw. in der Schweiz bleiben. Diese Einschränkungen sind so in der Volksinitiative vorgesehen.

Fortsetzung im «Zürcher Bote/Bauer» vom 24. Januar 2014: Was sagen die Gegner der Masseneinwanderungsinitiative? Der ganze Beitrag finden Sie ab sofort auf www.svp-zuerich.ch.

ABSTIMMUNG VOM 9. FEBRUAR

NEIN zur FABI-Mogelpackung!

Die Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) ist eine veritable Mogelpackung. Die befristete Subventionierung des Schienenverkehrs durch die Autofahrer wird neu auf ewig in der Verfassung verankert. Zusätzlich soll die Allgemeinheit mit Steuererhöhungen für den öV-Wahnsinn bluten.

Walter Wobmann
Nationalrat SVP
Gretzenbach SO

Der Schienenverkehr ist ein finanzielles Sorgenkind. Trotz milliardenschweren Subventionen durch Autofahrer und Bundeskasse kommt er nicht vom Fleck. Zwar steigen die Passagierzahlen und Anzahl Güter, der Grossteil des Verkehrs, nämlich über 75 Prozent wird jedoch weiterhin auf der Strasse abgewickelt. Auch bei der Eigenwirtschaftlichkeit sieht es nicht besser aus. Während die Strasse sich selbst finanziert, kommt der öffentliche Verkehr nicht mal auf die Hälfte. Der Rest wird durch Strassen- und Steuergelder der Allgemeinheit querfinanziert.

Quersubventionierung und öV-Wahnsinn gehen weiter

Mit der FABI-Vorlage soll diese stossende und seit Jahren kritisierte Quersubventionierung neu sogar in der Verfassung verankert werden. Seriöse Planung und Masshalten bei den Ausgaben des Schienenverkehrs wird damit obsolet – der Fehlbetrag wird ja von anderen ausgeglichen. So geht es nicht! Besonders stossend an der Vorlage ist zudem, dass der ursprünglich bereits hohe Investitionsbetrag für den Ausbau von 3,5 Mrd. Franken vom Parlament auf gerade wahnsinnige 6,4 Mrd. Franken erhöht wurde. Ein Ende dieser öV-Masslosigkeit ist zudem nicht in Sicht. Ist das Finanzierungsvehikel FABI erst einmal installiert, werden weitere Projekte für den Schienenverkehr im Akkord folgen. Denn neben einem ersten Ausbauschritt sind bereits Projektvorgaben und Planungen für weitere Etappen in der Vorlage versteckt.

Faire Verkehrsfinanzierung? Blosses Wunschdenken!

Gemäss Befürwortern wird die FABI-Vorlage zu einer fairen Verkehrsfinanzierung führen. Fair für wen? Für die Millionen an Autofahrern, welche mit ihren Abgaben und Gebühren den öffentlichen Verkehr seit Jahrzehnten subventionieren? Für die Bevölkerung in den Rand- und Bergregionen, welche ohne Gegenleistung die öV-Projekte in den Städten und Agglomerationen mitfinanzieren müssen? Oder doch eher für die öv-Phantasten, welche seit Jahrzehnten am Tropf des Staates und des Strassenverkehrs hängen?

Machen wir uns nichts vor: der Schienenverkehr wird nie selbsttragend sein und mit der FABI-Vorlage wird jeglicher Schritt in diese Richtung auf Ewigkeiten torpediert. Der stetige Raubzug gegen die Strassengelder hat dazu geführt, dass die Strasseninfrastruktur über Jahre sträflich vernachlässigt wurde, sie hat dazu geführt, dass wir jährlich 20000 Staustunden haben, welche uns einen jährlichen volkswirtschaftlichen Schaden von knapp 2 Mrd. Franken verursachen. Wollen wir das wirklich?

Die Antwort dazu ist klar NEIN!

VERRAT AN DER EIGENEN BASIS

Gewerkschaften lassen Arbeitnehmer im Stich

Die Medienkonferenz des Gewerkschaftsbundes gegen die Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» von dieser Woche hat gezeigt, dass die Gewerkschaftsfunktionäre die Interessen der Arbeitnehmer verkaufen und ihrem Fernziel EU-Beitritt unterordnen. Die Gewerkschaften und ihre Funktionäre zählen zu den direkten Profiteuren einer masslosen Zuwanderung, da sie ihnen zusätzliche Mitglieder, Geld und Einfluss auf die Politik bringen. Damit sitzen die Gewerkschaftsbosse mit den Managern im selben Boot. Leidtragende sind die Arbeitnehmer in der Schweiz, welche weiterhin einer Konkurrenz von 500 Millionen Europäern ausgeliefert werden. Die Folgen dieser masslosen Politik werden auch von den Gewerkschaften laufend bestätigt: Lohndruck, Verlust der Arbeitsplätze für bereits bisher in der Schweiz ansässige Arbeitnehmer, Belastung der Sozialwerke. Nur eine Steuerung der Zuwanderung und ein funktionierender Inländervorrang schützen die Arbeitnehmer im Land effektiv.

SIE FRAGEN
DIE SVP ANTWORTET

Frage von Kerstin Steiner-Keller, Kandidatin Schulpflege Horgen

Zielt die Initiative hauptsächlich auf den Asylbereich, wie es der «Blick» suggeriert?

Es ist richtig, dass das Asylwesen mit der Initiative indirekt ebenfalls betroffen ist. Dies ist aber auch notwendig. Mit der Formulierung «Die Höchstzahlen gelten für sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts unter Einbezug des Asylwesens.» wird sichergestellt, dass die Steuerung der Zuwanderung nicht über das Asylrecht ausgehebelt werden kann. In der Erläuterung des Initiativetextes steht aber klar, dass bei der gesetzlichen Ausarbeitung dieses Passus' das zwingende Völkerrecht berücksichtigt werden soll. Problematisch bei der Thematik der Zuwanderung sind insbesondere die «vorläufig Aufgenommenen» im Asylwesen. Wäre dieser Bereich bei der Initiative ausser Acht gelassen worden, gäbe es zu einem wichtigen Bestandteil der Zuwanderung keine Handhabe. Dem Grundsatz, dass echten Flüchtlingen weiterhin geholfen werden kann, Wirtschaftsflüchtlinge in der Schweiz aber nichts zu suchen haben, wird die Initiative gerecht.

In dieser neuen Rubrik geben wir Ihnen Antworten auf Fragen zur Initiative gegen die Masseneinwanderung.
Stellen Sie uns Ihre Fragen per Mail: **sekretariat@svp-zuerich.ch zu.**
Diese Rubrik finden Sie ab jetzt immer im «Zürcher Boten».

RATSBERICHT

Kirchensteuerpflicht für juristische Personen – Pro und Kontra

Der Kantonsrat debattierte kontrovers über die Kirchensteuerpflicht für juristische Personen. Wie mehrere Fraktionen auch, fand die SVP Fraktion keine gemeinsame Antwort zu dieser Frage. Sie hatte für die Ratsdebatte Stimmfreigabe beschlossen. Darum hier eine Auswahl der Voten aus der SVP-Fraktion.

Yves Senn
Kantonsrat SVP
Winterthur

Die Initianten aus dem Kreise der Jungfreisinnigen des Kantons Zürich begründeten das Anliegen mit dem Verstoss gegen den Grundsatz der Glaubensfreiheit. Denn Firmen müssen im Kanton Zürich Kirchensteuern bezahlen, obwohl sie im Regelfall weder religiösen Zwecken nachgehen noch innerhalb der Kirchgemeinde ein Stimmrecht ausüben können. Dieser Missstand soll mit der vorliegenden Volksinitiative beseitigt werden. Firmen sollen keine Steuern mehr an die Kirchen abliefern müssen – freiwillige Spenden sollen selbstverständlich weiterhin möglich sein. Die Zürcher Unternehmen würden damit jährlich um 100 Millionen Franken entlastet.

Der Regierungsrat stellte fest, dass in der Kantonsverfassung die fünf anerkannten Religionsgemeinschaften (Evangelisch-reformierte Landeskirche, die Römisch-katholische Körperschaft, die Christkatholische Kirchgemeinde, die Israelitische Cultusgemeinde und die Jüdische Liberale Gemeinde) festgehalten seien. Im Zentrum der heutigen Verfassungsregelung stehen neben der vergrösserten Autonomie für die anerkannten Religionsgemeinschaften vor allem die Entflechtung des Verhältnisses zwischen diesen und dem Staat. Insbesondere wurde die Finanzierung der anerkannten kirchlichen Körperschaften auf eine neue Grundlage gestellt. Die neu konzipierte staatliche Unterstützung der anerkannten kirchlichen Körperschaften stehe auf drei Pfeilern: Steuern von natürlichen Personen, Steuern von juristischen Personen und Staatsbeiträge. Mit den Staatsbeiträgen werden Tätigkeiten vor allem in den Bereichen Soziales, Bildung und Kultur unterstützt, die für die gesamte Gesellschaft von Nutzen sind.

Nachweis negativer Zweckbindung

Die kantonalen kirchlichen Körperschaften müssen dazu ihre entsprechenden Tätigkeiten – unter Berücksichtigung derjenigen ihrer Kirchgemeinden – in eigenen Programmen zusammenfassen und den Aufwand dafür darlegen. Dieses System ist das Ergebnis eines über 15-jährigen Revisionsprozesses, der 1995 im Nachgang zur Ablehnung der Trennungsinitiative durch die Stimmberechtigten begann und seinen Abschluss 2012 in der erstmaligen Erstellung der Tätigkeitsprogramme sowie dem erstmals für 2011 zu erbringenden Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung findet. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Systems ist die Entflechtung der Aufgabenverteilung und Aufgabenfinanzierung zwischen den anerkannten kirchlichen Körperschaften und dem Staat.

Unsinnige Zwangsbesteuerung

Die klare Zuordnung der jeweiligen Aufgabenwahrnehmung an die kirchlichen Körperschaften oder den Staat soll die Transparenz und damit die Steuerbarkeit der Aufgabenerfüllung selbst sowie der dazu eingesetzten staatlichen und kirchlich-körperschaftlichen Mittel erhöhen. **Hans-Peter Amrein** (SVP, Küsnacht) stellte fest, dass die SVP Fraktion zu dieser Vorlage Stimmfreigabe beschlossen habe.

Der Initiative soll ein Gegenvorschlag gegenübergestellt werden, welcher sicherstellt, dass Juristische Personen in der Frage der Kirchensteuer natürlichen Personen gleichgestellt werden und auch Juristische Personen mittels expliziter Willensäusserung festlegen können, ob sie Kirchensteuern zahlen wollen oder nicht. Dies sei heute im Kanton Zürich nicht der Fall. Juristische Personen seien einer kirchensteuerlichen Zwangsbesteuerung unterworfen, obwohl sie gar nicht Mitglied einer Kirche oder einer Religionsgemeinschaft sein können. Das sei etwa so wie wenn ein Veganer oder Vegetarier eine Zwangsabgabe an den kantonalen Metzgermeisterverband leisten müsste. Die Initianten verlangen, dass juristische Personen generell von der Kirchensteuer befreit sind, mit dem Gegenvorschlag werde die Besteuerung von juristischen Personen im Kanton Zürich im Regelfall beibehalten, aber es bestehe die Möglichkeit, mittels entsprechender Willensäusserung gegenüber dem Steueramt – analog der geltenden Regelung für natürliche Personen – auf die Leistung von Kirchensteuern zu verzichten.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) vertrat die gegenteilige Meinung und stellte klar, dass aus liberaler Sicht, finanzpolitischer und wirtschaftspolitischer Perspektive der Standpunkt der Initianten zur Abschaffung der Kirchensteuern für Unternehmen sehr verständlich sei. Die Frage sei aber, ob nicht die Gesellschaft der Zukunft auch die Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik der Zukunft bestimme, und deshalb Gesellschaftspolitik noch wichtiger sei (siehe Kommentar rechts).

Grundfeste nicht zusätzlich schwächen

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen) erinnerte daran, dass es aus ethischer Sicht zwei Gründe gebe für das Zustandekommen unserer heutigen abendländischen Gesellschaft. «Die sozialen Leistungen unserer christlichen Kirchen sind dabei ebenfalls wichtig», so Haderer. Bedeutend seien vor allem die ethischen Grundlagen des Christentums, für das heutige Europa und auch für die Schweiz für unser heutiges Zusammenleben. Dies könne nicht durch staatliche Wertvorstellungen ersetzt werden, da sie doch sehr schnell und oft zu Ideologien werden.

Mit den Austritten aus den Landeskirchen, die meist aus finanziellen Gründen stattfänden, würden wir gerade diese ethischen Grundfesten schwächen. Andere, aggressive Glaubensrichtungen, wie der Islam, würden diese Schwächung mit unendlich viel finanziellen Ressourcen zu nutzen wissen für Ziele, die wir in unserer Gesellschaft nicht teilten. «Die extreme Säkularisierung unserer Gesellschaft hat eine enorme Entsolidarisierung zur Folge», so Haderer, der sich vehement gegen die Initiative aussprach. Gerade die arbeitsethischen Grundlagen unserer christlichen Religion gebe auch für unsere Wirtschaft eine breite Basis der Solidarität und Leistungsfähigkeit. «Diese Tatsache sollte uns auch den Grund bieten, dass wir mit unseren juristischen Körperschaften unseren Solidaritätsbeitrag mit den Kirchensteuern leisten», sagte Haderer. Nach der kontroversen Debatte beschloss der Kantonsrat mit 58 zu 109 Stimmen nicht auf die Gegenvorschläge einzutreten und die Initiative mit 123 zu 40 Stimmen zur Ablehnung zu empfehlen.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Sollen Firmen Kirchensteuern bezahlen?

Matthias Hauser
Kantonsrat SVP
Hüntwangen

Der Abstimmungsbildschirm sah bei der SVP aus wie eine Peperoni-Kiste: Ein Mix aus roten (Nein), grünen (Ja) und gelben (Enthaltungen) Punkten. Fast zum ersten Mal, seit ich 2003 in den Kantonsrat gewählt wurde, lautete unsere Parole Stimmfreigabe. Zur Debatte stand die Kirchensteuer-Initiative der Jungliberalen, die Unternehmen von der Kirchensteuer befreien will – 100 Millionen oder ein Viertel der Einnahmen der Landeskirchen.

Es scheint logisch: Juristische Personen kommen kaum in den Himmel und gehören deshalb keiner Religionsgemeinschaft an. Demgegenüber stellen sich SP, Grüne, EVP, CVP und FDP auf den Standpunkt, Kirchen leisteten in Sozialem, Bildung und Kultur vieles, was Unternehmenssteuern rechtfertige.

Doch so einfach ist die Sache nicht. Zur Erinnerung: Soziales und Bildung sind auch die grössten Ausgabeposten bei Bund, Kantonen und Gemeinden, dafür zahlen Firmen bereits Steuern. Und die Landeskirchen werden mit direkten Beiträgen des Kantons (über 50 Millionen jährlich) und mit der Kirchensteuer natürlicher und juristischer Personen finanziert. Zusammengefasst: Der Bürger zahlt eine doppelte Sozialindustrie dreifach: Als Unternehmer, als Staatssteuer- und als Kirchensteuerpflichtiger. Aus liberaler finanz- und wirtschaftspolitischer Perspektive stimme ich dem Standpunkt der Initianten zur Abschaffung der Kirchensteuer für Unternehmen deshalb zu.

Ich frage mich aber, ob nicht die Gesellschaft der Zukunft auch die Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik der Zukunft bestimmt, und deshalb Gesellschaftspolitik noch wichtiger ist. Deshalb eine liberale Leitkultur (welch verpöntes Wort) zu unterstützen, ist legitim. Und Religionen sind kulturprägend. Die Zürcher Landeskirchen vertreten, verglichen mit anderen Religionsgemeinschaften, liberale und offene religiöse Haltungen und bilden so ein etabliertes Gegenkonzept zu Fundamentalismen. Ein Beispiel: Moralisierende Einmischungen der Geistlichkeiten in die Politik sind (sehr) ärgerlich, aber nicht sakrosankt. Schwangerschaftsabbruch und Gentechnologie werden bei uns politisch diskutiert, kein Dogma der Landeskirchen stört die Diskussion, die Kirchen diskutieren auch. Insgesamt herrscht in den Landeskirchen ein gewisser Gesinnungsliberalismus. Und somit auf dem Platz Zürich mehr oder weniger das Primat der Vernunft. Eine wichtige Grundlage für unseren Wirtschaftsstandort.

Der insgesamte Gesinnungsliberalismus der Landeskirchen führt dazu – und rührt auch daher – dass Religion für die wenigsten Mitglieder dieser Kirchen den gleich hohen Stellenwert hat, wie sie im Leben von Fundamentalisten aller Religionsgemeinschaften einnimmt. Mehr persönliche Kirchensteuern bezahlt nur, wer Religion wichtig findet. Das heisst: Jeder Wegbruch von Steuereinnahmen stärkt fundamentalistische Positionen innerhalb der Landeskirche: Weil Fundamentalisten bereit sind, mehr zu bezahlen, weil Gesinnungsliberale austreten, wenn es teurer wird. Zudem wird das Budget der Landeskirchen, relativ zum Budget anderer Religionsgemeinschaften, kleiner: So schwankt die religiöse Säule des Vernunftsprimats am Standort Zürich. Das ist das Gegenteil der Stärkung einer liberalen Leitkultur. Genau das ist auch der Grund, weshalb einige evangelikalen Kreise die Abschaffung von Kirchensteuern begrüssen. Die EDU hat diesen Standpunkt im Kantonsrat vorgeführt.

Mit der gesellschaftspolitischen Perspektive pflichte ich dem Standpunkt der Initianten deshalb erst dann bei, wenn Religionen, deren kulturellen Einfluss dem Wirtschafts- und Forschungsstandort Zürich schaden, ebenfalls in den Genuss von Steuermitteln kommen. Es ist gut möglich, dass genau dies dereinst im Sinne einer religiösen Gleichberechtigung gefordert würde. Bis es jedoch soweit ist, gilt es, das Liberale auch in der Religion als Leitkultur zu erhalten: Welche Kultur Leitkultur ist, ist langfristig gesehen die Frage einer Konkurrenz; die Rationalen und Liberalen in den Landeskirchen werden in diesem Wettbewerb nicht durch Migration gestärkt. Sie verstrahlen weder Autorität noch geben sie ihren Mitgliedern mit einprägsamen Dogmen oder Wunderglauben Halt. Ihre Wettbewerbsvorteile sind allesamt vom Umstand abhängig, dass sie Landeskirche sind (womit bestimmte demokratische Organisationsstrukturen vorgegeben sind) und entsprechend Mittel erhalten.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK:

Der Kantonsrat hat am Montag …

- ☺ … einen Beitrag aus dem Lotteriefonds zugunsten der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft bewilligt.
- 😐 … die Volksinitiative «weniger Steuern fürs Gewerbe» (Kirchensteuerinitiative) zur Ablehnung empfohlen.
- ☺ … eine Motion zur Einführung einer Jugendinitiative für 12–17-jährige abgelehnt.

13. Januar 2014

Inserat

SKEPSIS GEGENÜBER ENERGIESTRATEGIE 2050 DES BUNDES

Energieplanung: Ziele des Bundes sind nicht erreichbar

Regierungsrat Markus Kägi schilderte anlässlich einer Medienkonferenz die Ausganglage in der Energiepolitik für den Kanton Zürich. Wir brauchen keine «Energiewende oder andere rhetorische Blasen», sagte der SVP-Regierungsrat. Vielmehr müsse man den eingeschlagenen Weg weitergehen.

rw. Baudirektor Markus Kägi stellte diese Woche den Energieplanungsbericht 2013 vor. Die Regierung will den eingeschlagenen Kurs hin zu einem immer nachhaltigeren Umgang mit Energie konsequent fortsetzen. Angesichts schwindender Einflussmöglichkeiten der Kantone in der Energiepolitik verknüpft sie dies auch mit Forderungen an den Bund. So ist für den Regierungsrat nebst einer umweltfreundlichen auch eine weiterhin sichere und kostengünstige Energieversorgung unverzichtbar. «Wegen der Wirtschaftskrise ist der Strombedarf in Europa momentan tiefer als erwartet. Gleichzeitig wird wegen der Stromerzeugung aus Wind- und Solaranlagen, die in Europa massiv staatlich gefördert wird, Strom mit staatlicher Abnahmegarantie auf den europäischen Markt gespült. Zusammen mit den in Europa tiefen Preisen für CO_2-Emissionszertifikate können alte Kohlekraftwerke wieder konkurrenzfähig betrieben werden, mit allen schädlichen Folgen für die Umwelt. Wir stehen vor der paradoxen Situation, dass die Stromgrosshandelspreise sinken, obwohl sie eigentlich steigen müssten, gerade auch wegen des deutschen Ausstiegs aus der Kernenergie. Investitionen in schweizerische Wasserkraftanlagen rechnen sich momentan nicht, obwohl Deutschland den Kernenergie-Ausstieg per 2022 vorbereitet.»

Markus Kägi: «Ich halte die Ziele des Bundes nicht für erreichbar.»

Massive Subventionen

«Anderseits müssen die Investitionen in Wind- und Solaranlagen wie auch die staatlichen Strom-Abnahmegarantien aus solchen Anlagen stark subventioniert werden, finanziert mit einer ‹Ökostrom-Umlage›, wie das z. B. in Deutschland heisst. Die Privathaushalte in den betreffenden Ländern werden dadurch sehr stark belastet. Gleichzeitig wird die Wirtschaft mit Billigstrom davon abgehalten, energieintensive Produktionsstandorte ins Ausland zu verlegen.

Interessant dabei ist, dass die Schweiz und Deutschland mit ihren Ausstiegsplänen aus der Kernenergie alleine geblieben sind. Viele Länder, auch europäische, treiben den Ausbau der Kernkraft voran. Aufgrund der Energiestrategie 2050 des Bundes und der angestrebten Liberalisierung des Schweizer Strommarkts verlagert sich die Energiepolitik und die Stromhoheit immer mehr zum Bund.»

Der Bund geht von einem CO_2-Ausstoss von einer bis anderthalb Tonnen pro Person und Jahr aus, der Kanton Zürich von 2,2 Tonnen. Dieser Unterschied widerspiegelt den Optimismus, der in Bern punkto Gesamt-Endenergie-Verbrauch herrscht, namentlich bei den Fossilen Öl und Erdgas. Es ist dieser Optimismus, der dem Kanton Zürich Sorgen bereitet. Denn es würde beispielsweise satten 0,8 Tonnen CO_2 pro Person entsprechen, wenn die wegfallende Kernenergie durch Strom aus fossilen Energien ersetzt werden müsste.

Fragezeichen bei der Stromversorgung

Fakt ist: Der Bundesrat hat entschieden, aus der Kernkraft auszusteigen. In der Folge hat er äusserst anspruchsvolle energiepolitische Ziele setzen müssen. Viele Fragen sind offen. Zum Beispiel: Wenn wir unseren Strom nicht vollständig aus erneuerbaren Quellen im Inland produzieren können, woher kommt der Rest? Oder: Wie hoch soll der Selbstversorgungsgrad der Schweiz bleiben?

Schliesslich müssten in der Energiepolitik auch die folgenden Fragen gestellt werden, so Kägi: Sind die Menschen in der Schweiz wirklich bereit, freiwillig ihre Mobilität einzuschränken und auf Komfort zu verzichten? Werden Wasser-, Wind- und Sonnenkraftwerke in unserer Landschaft geduldet?

Forderungen und Lösungsvorschläge

Der Kanton Zürich stellt im Energiebereich die folgenden Forderungen an den Bund:

- Der Bund schafft die erforderliche Rechts- und Investitionssicherheit sowie langfristig stabile Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Strommarkt. Dazu gehören die vollständige Strommarktöffnung sowie die Teilnahme am EU-Zertifikatehandel für Treibhausgasemissionen.
- Zur Erhöhung der Planungssicherheit muss der Bund für die Schweiz einen erwünschten Selbstversorgungsgrad mit Strom festlegen. Dieser bildet die Grundlage für den Ausbau der inländischen Produktion und der Anbindung an umliegende Länder.
- Die Bewilligungsverfahren für Produktionsanlagen und Übertragungsleitungen sollen deutlich verkürzt werden.
- Die Kernenergieforschung soll international abgestimmt sein und auf eine sichere Nutzung der Technologie zielen.
- Die nationale Netzgesellschaft Swissgrid hat für Erhalt, Ausbau und Betrieb des sicheren und wirtschaftlichen Übertragungsnetzes zu sorgen sowie die notwendige Regelenergie für die Netzstabilität sicherzustellen.

Regierungsrat Markus Kägi fasste seine Haltung wie folgt zusammen: «Ich halte die Ziele des Bundes nicht für erreichbar – es sei denn, man greift ungeniert zu Zwangsmassnahmen und fragt nicht gross nach der Kosten- und Klimaverträglichkeit dieser ‹Energiewende›. Es ist zu befürchten, dass die Lücke bei der Selbstversorgung mit Strom, die sich in unserem Land deutlich abzeichnet, schliesslich mit Kohlestrom aus dem Ausland und Ähnlichem gefüllt wird – gefüllt werden muss. Ob das wirklich der Sinn der ganzen Übung sein kann?»

Haltung der SVP

Kantonsrat Lorenz Habicher, Mitglied der Kommission für Energie und Verkehr, kommentierte den Energieplanungsbericht des Kantons Zürich wie folgt: «Der Bericht zeigt die beschränkten Möglichkeiten des Kantons Zürich.

Die realistischen Erwartungen zeigen eine Deckungslücke und eine reduzierte Versorgungssicherheit per 2050. Die Kritik des Baudirektors am Bund ist gerechtfertigt. Der Verfassungsauftrag ist latent gefährdet und eine Lösung nicht in Sicht. Die SVP wird ihr Hauptaugenmerk auf die Sicherung des Wirtschaftsstandorts legen. Dabei sind auch die Kostenfolgen genau zu beziffern. Der Preis für die Energie muss bezahlbar sein!»

Quelle: Energieplanungsbericht 2013: Bericht des Regierungsrates über die Energieplanung des Kantons Zürich.

AUFTRITT VON CHRISTOPH MÖRGELI IN ANDELFINGEN

Ein Land ohne Grenzen ist kein Land

In Andelfingen legte der SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli vor beachtlichem Publikumsaufmarsch die Gründe dar, warum der Einwanderungsinitiative zugestimmt werden muss.

RoMü. Wenn der Zürcher SVP Nationalrat Christoph Mörgeli auftritt, dann ist immer ein rhetorisches Feuerwerk zu erwarten. Auch in Andelfingen enttäuscht er am frühen Samstagabend die rund 60 Personen nicht. «Andere ärgern sich immer wieder über die SVP, weil sie immer bei EU-Fragen dagegen ist», machte Mörgeli gleich einleitend klar. Doch dann kam er rasch auf das breit und sehr kontrovers diskutierte Volksbegehren zu sprechen. «Die Personenfreizügigkeit läuft aus dem Ruder», so die Kernbotschaft des Nationalrates. «Gerade der Umstand, dass sich der Bundesrat auf eine Tour de Schiss aufmacht, um die Initiative zu bekämpfen, zeigt, dass man diesem Problem grosse Beachtung schenkt», so Mörgeli.

Für ihn geht es auch um den immer enger werdenden Lebensraum Schweiz. «Aktuell sind es rund 8 Mio. Einwohner, davon sind 23 Prozent Ausländer», so der Nationalrat. Dass Zuwanderung zu einem Wachstum führen muss, bestritt er im Grundsatz nicht, aber deren mittel- bis langfristigen Folgen sind gravierend. Konkret heisst dies, dass bei einer Zuwanderung von 80 000 Personen zugleich 34 000 Wohnungen nötig sind, zusätzlich 40 000 Autos auf den Strassen fahren, 300 neue Schulklassen und zusätzlich 400 neue Lehrer nötig sind. Zudem sind auch pro Jahr rund 160 neue Ärzte nötig. Zudem wird es auf den Strassen und auch im öV immer enger. «Die Zuwanderer wollen alle auch an unserem über Generationen aufgebauten Wohlstand teilnehmen, was sich insbesondere auf unsere Sozialwerke auswirken wird», so Mörgeli weiter. Er verwies dabei auf verschiedene Studien in EU-Ländern. So zeigte sich in den Niederlanden, dass Einwanderer mehr wegnehmen als sie bringen. In Deutschland müssen Einwanderer 27 Jahre lang arbeiten und im Land sein, bis sie dem Land mehr bringen als nehmen. In der Schweiz fliessen bereits heute 46 Prozent aller Sozialwerkegelder zugunsten der ausländischen Wohnbevölkerung.

Notwendige Grenzen

«Ein Staat wird durch Grenzen definiert. Ein Land ohne Grenzen löst sich wie ein Zucker im Tee auf. Deshalb muss man Grenzen setzen», machte Mörgeli deutlich. Mörgeli verwies darauf, dass es kein Land der Welt gibt, in dem es eine unbegrenzte Einwanderung gibt. Gerade die Schweiz habe seit dem zweiten Weltkrieg aufgezeigt, dass es auch ohne Freizügigkeit geht. Bis anfangs der neunziger Jahre wuchs die Schweiz mit den damals durchaus bewährten Kontingentierungssystemen jährlich um 2 Prozent. Dabei verwies er auch auf die EU, wo beispielsweise in Deutschland oder Grossbritannien sehr intensiv über die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien diskutiert wird. Nicht zuletzt steht auch dort die durchaus begründete Angst vor Ausnutzung der Sozialwerke durch die Zuwanderer aus dem Osten im Fokus.

Die bei einem Ja angedrohten Szenarien mit dem Aufkündigen der bilateralen Verträge sieht Mörgeli nicht so schwarz. «Die EU ist auf die verschiedenen Verträge deutlich mehr angewiesen als die Schweiz. Holland, Deutschland oder auch Italien und Österreich hätten wohl kaum ein Interesse daran, das Landverkehrsabkommen zu kündigen», so Mörgeli. Ob die EU auch ein Zinsbesteuerungsabkommen aufkündigen will, welches ihr 100 und der Schweiz Null Prozent bringt, stellte Mörgeli in den Raum. Zudem machte er deutlich dass der Binnenmarkt in keinem Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit steht. Er stellte auch das Argument der Wirtschaft in Abrede, dass vorwiegend nur hoch qualifizierte Einwanderer kommen. Auch in anderen Bereichen wie Gastronomie oder Bau verzeichnet man ein starkes Plus, obwohl in diesen Berufsgruppen bereits viele Arbeitslose im Land gezählt werden (siehe Kasten).

«Was passiert, wenn es ein Ja gibt», wollte ein Zuhörer wissen. Mörgeli verwies darauf, dass damit dem Bundesrat eine Frist von drei Jahren eingeräumt wird, um nach Lösungen zu suchen. Mörgeli hegte aber gewisse Zweifel, ob dann der EU-freundliche Bundesrat und die Verwaltung die Initiative auch zum Wohl der Schweiz umsetzt. Auch die Grenzgängerfrage war ein Thema. Auch diese ist ein Bestandteil der Personenfreizügigkeit und steigt ebenfalls sehr stark an. «Ich bin überzeugt, dass diese Frage im Tessin zu einem Ja führen wird. Aber auch in Genf ist dies für viele ein Grund, Ja zu stimmen», so Mörgeli.

PODIUM IN RICHTERSWIL

SVP-Argumente überzeugten das Publikum

ZB. An einer sehr gut besuchten Podiumsveranstaltung in Richterswil, es waren mehr als 150 Zuhörerinnen und Zuhörer anwesend, wurde über die Masseneinwanderungsinitiative diskutiert. Die pro Seite war mit SVP-Nationalrat Gregor Rutz und dem Präsident der SVP-Kantonsratsfraktion Jürg Trachsel vertreten. Gegen die Initiative der SVP sprachen sich Nationalrat Balthasar Glättli und Kantonsrätin Edith Häusler, beide von der Grünen Partei, aus. Sowohl Trachsel wie auch Rutz betonten, dass die Schweiz das Heft bei der Zuwanderung endlich wieder selbst in die Hände nehmen muss.

Sorgten für eine angeregte Diskussion: Balthasar Glättli, Jürg Trachsel, welcher das Podium organisiert hat, Edith Häusler, Moderator Benjamin Geiger, Chefredakteur der «Zürichsee-Zeitung», und Gregor Rutz (von links).

WINTERTHUR

Sonntagsbrunch der Jungen SVP

Die Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur führte diesen Sonntag im Treibhaus von Christian Achermann einen Brunch durch.

Unter der Leitung des Präsidenten Matthias Gubler wurde der Anlass organisiert. Neben Zopf, Butter und Confitüre fanden die rund 100 Besucher auf dem appetitlichen Buffet auch Käse, Aufschnitt und Bündnerfleisch, und das alles zum Nulltarif.

Wir danken den Sponsoren Metzgerei Gubler, Volg Brütten, Growa Winterthur, DJ Crew und Peter Fuchs. Die Dekoration unter dem Motto Fasnacht rundete den Auftritt der Guggenmusik Eulachschränzer ab.

Die Festredner Matthias Gubler, Josef Lisibach und Daniel Oswald betonten die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen.

Wenn jedes SVP Mitglied nur 10 Personen motivieren kann, um Josef Lisibach in den Stadtrat zu wählen, werden wir einen Erfolg verbuchen. Die Besucher erlebten einen gemütlichen Tag in Winterthur Hegi, die wichtigste Frage allerdings konnte nicht geklärt werden: Wann findet der nächste Sonntagsbrunch der Jungen SVP statt?

Wir hoffen bald!

Die Gemeinderatskandidaten mit dem Stadtratskandidaten (von links) Simon Büchi, Pascal Rütsche (bisher), Daniel Oswald (bisher), Remo Fedi, Stadtratskandidat Josef Lisibach, Marco Thurnherr (bisher), Yves Senn, Anja Zeller und Matthias Gubler.

LESERBRIEFE

Inländervorrang wieder einführen

In den Diskussionen geht immer der Inländervorrang verloren, der bedeutet, dass Ausländerinnen und Ausländer nur zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit zugelassen werden, wenn nachgewiesen wird, dass keine dafür geeigneten inländischen Arbeitnehmer/innen gefunden werden konnten. Und das sollte bei einem JA zur Masseneinwanderungsinitiative wie früher wieder geprüft werden. Es gibt hier genug Inländer – Schweizer und ansässige Ausländer – die man berücksichtigen sollte anstatt in die Arbeitslosigkeit zu entlassen und die dann später ausgesteuert werden. Ich kann nur sagen «Investiert in das vorhandene Human Capital», denn es ist sehr wertvoll!

Mario F. Salomon,
Gemeinderat, Adliswil

JA zu Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache

Heute sind wir alle mit unserer Krankenkassenprämien verpflichtet, Abtreibungen von menschlichen Leben mitzufinanzieren. Am 9. Februar können sie wählen, ob sie weiterhin mit ihrer Krankenkassenprämie die ca. 11000 jährlichen Abtreibungen Kosten in Höhe von 8 bis 20 Mio. (Quelle: Bundesamt für Statistik 2011) mitfinanzieren wollen oder ob dies in der Bundesverfassung geändert werden müsste. Der Abschnitt würde wie folgt geändert: Art. 117 Abs. 3 (neu) «Unter Vorbehalt von seltenen Ausnahmen seitens der Mutter sind Schwangerschaftsabbruch und Mehrlingsreduktionen im Obligatorium nicht eingeschlossen.»

Linke Jungparteien sind der Meinung, dass dies einer Bevormundung gleichkommt und für sie dieser Freiraum weiter bestehen soll. Dies ist inkonsequent: Wahlfreiheit ja, zahlen soll aber die Allgemeinheit! Ich meine, dies ist unsozial und egoistisch. Jedes Jahr steigen die Krankenkassenbeiträge, viele Familien können die Beiträge kaum mehr zahlen. Es braucht wieder mehr Eigenverantwortung.

Ins Gewicht fällt auch, dass rund 50 Prozent der Abtreibungen durch die ausländische Wohnbevölkerung verursacht wird. Deshalb bitte ich Sie, dem Anliegen der Volksinitiative, JA zur «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache», zuzustimmen.

Trudi Frey, Gemeinderätin,
Dietikon

Ein Ja zur Masseneinwanderungsinitiative zwingt Brüssel zum Umdenken!

Tatsache ist, dass sich in Brüssel etwas bewegt. Die Freizügigkeit soll zwar beibehalten werden, aber man denkt nach, wie mit einem anderen Wort sprich Regulierung der Armutseinwanderung (Deutschland) oder Missbrauch von Sozialleistungen durch Einwanderung aus Rumänien, Bulgarien (England) eingeschränkt bzw. begegnet werden kann. Das Problem wird europaweit erkannt. Unser Bundesrat, aber auch alle Parteien ausser der SVP, sehen die Bilateralen gefährdet. Economiesuisse schiesst aus allen Rohren (mit dem Geld von weltweit tätigen «Schweizer»-Firmen) und versucht mit Ängsten die Bevölkerung einzuschüchtern. Einige EU-Länder wären froh, wenn das Schweizervolk Ja sagen würde. Das gebe nämlich Gelegenheit, dass auch andere EU-Länder in Brüssel vorstellig werden, um das Problem «Einwanderung» auf die Traktandenliste zu setzen und ernsthaft nach Lösungen zu suchen.

Die Welt verändert sich. Auch Brüssel wird sich drängenden Problemen stellen müssen. Wir haben es in der Hand, jetzt ein Zeichen zu setzen.

Kuno Schweizer, Esslingen

Ausflug: Zu Gast im Europarat Strassburg
Am Dienstag, 28. Januar 2014

Programm:

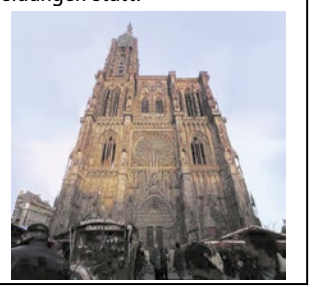
07.10 Uhr	**Abfahrt** mit Car ab Zürich (Fahrzeit ca. 2.40 h)
10.10 Uhr	**Ankunft** im Europarat, Begrüssung durch Alfred Heer
10.15 Uhr	**Eintritt Europarat,** Einführung und Diskussion mit Alfred Heer, Nationalrat und Mitglied des Europarats: ***– Die Bedeutung des Europarates für die Schweiz*** ***– Die Aufgabe der SVP im Europarat*** Besuch der Tribüne des Europarates, kurze Filmvorführung über den Europarat und Führung durch den Europapalast mit Alfred Heer

Danach Aperitif und gemeinsames Mittagessen in einem typischen Elsässer Restaurant in der Altstadt mit Alfred Heer

ca. 14.00 Uhr	**Nachmittag zur freien Verfügung in der sehenswerten Altstadt,** evtl. Schifffahrt, Altstadtbesichtigung, Shopping
17.30 Uhr	**Rückfahrt** nach Zürich
ca. 20.00 Uhr	**Eintreffen** in Zürich
Kosten:	**Fr. 140.00 pro Person** alles inklusive (extra: Getränke, ev. Stadtführung, Schifffahrt)
Anmeldung:	*christoph.baehler@svp-zuerich.ch – Telefon 044 217 77 61* Ausflug findet nur bei genügend Anmeldungen statt.

«Ich freue mich, Ihnen den Europarat vor Ort vorstellen zu dürfen»

Alfred Heer



ABSTIMMUNG VOM 9. FEBRUAR ÜBER DIE MASSENEINWANDERUNGS-INITIATIVE

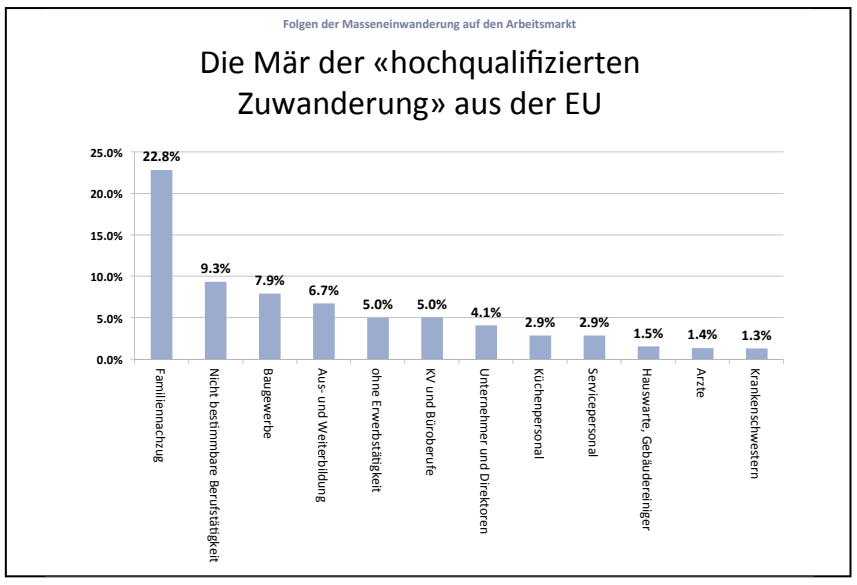
Hochqualifizierte Einwanderer dank Personenfreizügigkeit?

Hans Fehr
Nationalrat SVP
Eglisau

Die Gegner der Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» greifen mangels guter Argumente zunehmend zu absurden Behauptungen. Zum Beispiel wird behauptet, dank der Personenfreizügigkeit mit der EU kämen vor allem Fachkräfte und Hochqualifizierte aus dem Ausland in die Schweiz.

Wie sieht die Wirklichkeit aus? In welche Berufe wandern die Personen aus der EU ein? Im Jahr 2012 sind laut Statistik des BFM (Bundesamt für Migration) 22,8 Prozent, nämlich 23779 Personen, über den Familiennachzug in unser Land gekommen. 9,3 Prozent (9748) kamen unter der Kategorie «nicht bestimmbare Berufstätigkeiten», 5 Prozent (5230) waren ohne Erwerbstätigkeit, und 6,7 Prozent (7039) kamen laut Statistik zur Aus- und Weiterbildung in die Schweiz. Allein diese Kategorien – die schwerlich als «hochqualifiziert» bezeichnet werden können – machen insgesamt fast 45 Prozent der Zuwanderer aus.

Weitere 7,9 Prozent fallen auf das Baugewerbe, 5 Prozent auf kaufmännische Angestellte und Büroberufe, 4,1 Prozent figurieren unter «Unternehmer und Direktoren», je 2,9 Prozent unter Küchen- und Servicepersonal. Ärzte und Krankenschwestern machen lediglich 1,4 Prozent bzw. 1,3 Prozent der Zuwanderer aus der EU aus. Weit hinten in der Statistik folgen mit 0,4 Prozent Informatiker/Analytiker und mit 0,2 % Informatik-Ingenieure. Die 42 (!) Maschinen- und Verfahrensingenieure folgen an 145. Stelle – noch hinter den Büglern/Wäschern, Journalisten und Rebbauern. Das ist die Wahrheit über die «hochqualifizierte Einwanderung dank der Personenfreizügigkeit». Viele dieser Zuwanderer werden über kurz oder lang unser attraktives Sozialsystem in Anspruch nehmen, denn sie haben einen Anspruch darauf. Die Antwort kann nur lauten: JA zur Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» am 9. Februar 2014. Wir müssen die Zuwanderung wieder eigenständig steuern können.



LESERBRIEFE

Masseneinwanderungsinitiative – unbegründete Angstmacherei

Mit massiven Mitteln und Angstmacherei (Guillotine muss man ja wohl mit «Todesstrafe» assoziieren) versuchen Bundesrat und alle Parteien, sowie fast die gesamte Presse, die Masseneinwanderungsinitiative der SVP abzuschiessen. Dabei geht es vor erst nur darum, über diese Frage mit der EU auf Augenhöhe zu verhandeln. Die Schweiz ist immer noch ein souveräner Staat, was man von der EU nicht sagen kann: sie ist und bleibt bis auf weiteres ein rechtlich schwer einzuordnender und machtgeiler Staatenbund, der nicht zuletzt von seinen eigenen Problemen und inneren Widersprüchen ablenken will! Wenn einerseits von Guillotineklausel gesprochen wird, so müsste die EU bei diesen Verhandlungen Klartext sprechen und mitteilen, ob sie wirklich die Bilateralen Verträge künden wird. Daran kann nämlich die EU ihrerseits – ausser dem üblen Prestige-Argument – absolut kein Interesse haben.

Soweit mir bekannt, müsste für die Kündigung wohl zuerst Einstimmigkeit unter allen EU-Mitgliedern herrschen, was wohl schwierig zu erreichen sein wird. Bei einer Kündigung fielen zuerst einmal die Kohäsionsmilliarden der Schweiz dahin. Zudem würde auch das Transitabkommen hinfällig, was für die EU-Strassentransporteure ein schwerer Schlag wäre; diese werden sich massiv gegen eine Kündigung aussprechen. Die EU fürchtet aber vor allem ein «Ja» seitens der Schweiz, da andere Länder – ich denke da zur Zeit vor allem an Grossbritannien, aber auch an Bayern (!) – dieselben Probleme haben, sich aber auf Grund der Machtverhältnisse in der EU kaum getrauen, die Frage der Freizügigkeit auch nur anzusprechen. Die Einmischung des EU-Botschafters in Bern ist gegen alle diplomatischen Gepflogenheiten und zeigt, wie wenig die EU-Eliten die Schweiz verstanden haben. Seine drohende Stellungnahme ist ausserordentlich kontraproduktiv und wenn der Bundesrat auch nur ein bisschen Rückrat hätte, müsste er den Herrn Botschafter wegen Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten zur persona non grata erklären.

Peter V. Brunner, Stäfa

Ja zu einer massvollen Einwanderungspolitik!

Lange vor der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahre 2007 erklärte uns die Regierung in Bern, es würden maximal 8000 Personen pro Jahr in die Schweiz einreisen – weit gefehlt. Heute leben bald 2 Millionen Ausländer in unserem Land, davon über 400000 Muslime. Die Schweiz steht erst am Anfang der negativen Auswirkungen, welche die ungebremste Zuwanderungsflut mit sich bringt. Irgendwann werden wir alle wegen dieser Flut nasse Füsse bekommen.

Obwohl nicht erlaubt, reisen heute viele Personen ein ohne Arbeitsbewilligung und ohne Arbeit und bekommen vom ersten Tag an Sozialhilfe.

Längst müssten die Schweizer Arbeiter und Angestellten sich fragen, warum der Arbeitgeberverband und die abgehobenen Geldsäcke der Economiesuisse ständig nach noch mehr Personal rufen.

Dieser Verband wird durch einige wenige globalisierte Grosskonzerne dominiert, dessen einziges Ziel die Gewinnmaximierung ist. Das Interesse der Schweizerbevölkerung ist nebensächlich, nur die Wirtschaft zählt. Je mehr Menschen am Arbeitskuchen knabbern, desto kleiner werden die Stücke und desto grösser der Druck auf die Lohntüte. – In Spitälern und Altersheimen haben in den letzten drei Jahren viele den Job verloren wegen ungenügendem Ausbildungsstand. Nun ist es billiger Ausländer zu holen statt Schweizer(innen) zeitgemäss auszubilden. Auch im Baugewerbe wurden 2013 über 12000 Arbeitslose gemeldet und im Gastgewerbe sind sogar gut 19000 ohne Stelle. Auch Jugendliche, rund 10 Prozent, finden keinen Arbeitsplatz nach der Lehre, Tendenz steigend, weil ihnen billigere fremdländische Arbeitskräfte zuvorkommen.

Heute hat die Schweiz noch einen Selbstversorgungsgrad von 56 Prozent. Dafür werden aber für die Fütterung unserer Masttiere über eine Million Tonnen Futtermittel importiert. (Soja, Getreide, Mais). Ohne ausländisches Futter würde die Verpflegung nur noch für 45 Prozent unserer Bevölkerung ausreichen. Erneut sind im letzten Jahr netto 85300 Personen eingewandert und hängen an unserem Brotkorb. Schon wieder 43000 Autos mehr, für 35000 Wohnungen Kulturland verloren und noch mehr überfüllte Züge usw.

Wir haben eine intakte Welt übernommen. Sind wir solche geldgierige Egoisten geworden, dass wir den nächsten Generationen bald alles zubetonieren? Kein Land in Europa ist so dicht besiedelt wie die Schweiz und kein Land nimmt im Verhältnis zur Einwohnerzahl und Landfläche so viele Einwanderer auf. EU Länder fordern Einschränkungen der Personenfreizügigkeit und drohen sogar mit dem Austritt. Wenn die EU unter solchen Umständen nicht ihr Gesicht verlieren will, so muss sie zu Konzessionen mit der Schweiz bereit sein, gehören wir doch glücklicherweise nicht zu diesem europäischen Schuldenhaufen und sind ein souveräner Staat.

Dass es so nicht weitergehen darf und kann, wissen auch die Schrumpfparteien. Leider werden Zahlen schön geredet und die Realität verdrängt. Statt mutig zum Land und Volk zu stehen, verunglimpfen sie den Abstimmungstext und verdreckeln deren Titel. Zivilcourage hat Bundesrat Ueli Maurer am WEF in Davos erwiesen indem er die Grossstaaten ermahnte, gegenüber kleineren Ländern wieder von der Machtpolitik zur Rechtspolitik zurückzukehren. Masshalten in der Einwanderung, zurück zu Qualität und mit einem Ja den Bundesrat verpflichten, mit der EU neu zu verhandeln.

Heinrich Aeberli,
Bonstetten

Fadegrad

von
Roland Scheck

Die Mehrheit

«Die Mehrheit ist der Meinung, dass eine Kürzung hier nicht sinnvoll ist.» Kurz, arrogant und ohne Begründung. Dies war die Standard-Antwort der rot-grünen Mehrheit auf die 436 Budgetverbesserungsanträge der Bürgerlichen im Rahmen der vergangenen Budgetberatung. Obwohl die Stadt seit sechs Jahren nur noch rote Zahlen schreibt, beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat für das Jahr 2014 ein weiteres Defizit von 231 Millionen Franken.
Die Bürgerlichen stemmten sich mit ihren Budgetanträgen gegen das drohende Unheil. So vertrat die SVP Aufwandverbesserungsanträge von weit über 300 Millionen Franken. Der Sparwille der FDP lag bei knapp 200 Millionen Franken, und derjenige von CVP/EVP noch bei immerhin 100 Millionen Franken. Auf der anderen Seite verteidigte die vereinigte Linke jeden Franken Defizit. Rot-Grün setzte sich gegen alle Aufwandverbesserungen zur Wehr und schaffte es mit massgeblicher Unterstützung der Grünliberalen, die Aufwandsenkungen auf 59 Millionen Franken zu beschränken, womit für das Jahr 2014 ein veranschlagtes Defizit von 172 Millionen Franken resultierte.
Mit ihren Budgetanträgen hat die SVP einmal mehr gezeigt, dass die Stadt Zürich ein ausgeglichenes Budget haben könnte und gar eine Steuerfusssenkung machbar wäre. Doch die Mehrheit – unsere drei volksverbundenen Hafenkran-Parteien SP, Grüne und Grünliberale – haben andere Interessen. Sie wollen kein ausgeglichenes Budget, sondern sie wollen so viel Geld wie möglich aus dem Staat herauspressen und auf Kosten der nächsten Generationen leben. Nach uns die Sintflut, heisst das Motto. Bedenken gibt es keine, ist man sich doch sicher, dass man im rot-grünen Zürich sowieso wiedergewählt wird. Und danach soll der Raubzug noch ausgeweitet werden. Für die Jahre 2015 bis 2017 veranschlagt der Stadtrat gar jährliche Defizite zwischen 304 und 441 Millionen Franken.
Was dies bedeutet, kann am besten mit einem Rechenbeispiel illustriert werden: 1 Steuerprozent generiert in der Stadt Zürich rund 15 Millionen Franken Steuereinnahmen. Der heutige Steuerfuss liegt bei 119 Prozent. Der maximal mögliche Steuerfuss beträgt 130 Prozent. Würde die Stadt Zürich den Steuerfuss um 11 Prozent auf das maximale Niveau erhöhen, würden Mehreinnahmen von rund 165 Millionen Franken resultieren. Also nicht einmal die Hälfte der für die Jahre 2015 bis 2017 veranschlagten Defizite. Immer höhere Schulden und ein rot-grüner Grossangriff auf das private Eigentum sind damit vorprogrammiert.
Die Zürcher Bevölkerung hat am 9. Februar 2014 die allerletzte Chance, Steuererhöhungen abzuwenden, indem sie Nina Fehr Düsel, Roland Scheck sowie die weiteren bürgerlichen Top5 in den Stadtrat wählt. In vier Jahren ist es dann zu spät.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Das letzte Feigenblatt – staatlicher Abbau von Privatparkplätzen

Anlässlich der Ratssitzung von dieser Sitzung fiel nun auch das letzte Feigenblatt im stetigen Parkplatzstreit in der Stadt Zürich.

Sven Oliver Dogwiler
Gemeinderat SVP
Kreis 1 + 2

Mit einer Motion fordern Martin Sarbach (SP) und Markus Knaus (Grüne) den Stadtrat auf, eine Verordnung auszuarbeiten, die einen legalen Abbau von Parkplätzen auf privatem Grund ermöglichen soll.

Parkplatz-Überzahl – in der Stadt Zürich?

Rot-Grün begründet diese Motion damit, dass in Zürich zu früheren Zeiten Privat-Parkplätze im Übermass erstellt worden seien und deren Bau heute – unter geltender Rechtsordnung – nicht mehr bewilligt worden wäre. Aus diesem Grund würde ein sogenannter Parkplatz-Überhang bestehen.

Mit diesen nach heutiger Rechtsordnung überzähligen Parkplätzen würden nach Meinung der Motionäre eine nicht bestimmungsgemässe Nutzung und eine übermässige Umwelt- und Strassenbelastung einhergehen. Zunächst lässt sich die Stadt Zürich mit Begriffen wie überzählige Parkplätze oder einem Parkplatz-Überhang wohl kaum in Einklang bringen. Sodann vermag die Begründung in der Motion, wonach Privatparkplätze nicht bestimmungsgemäss genutzt werden und zu einer übermässigen Umwelt- und Strassenbelastung führen würden, nicht zu überzeugen.

Das Bundesgericht hielt bereits in einem Entscheid aus dem Jahre 2005 unmissverständlich fest, dass sich Parkplatzbeschränkungen bei bereits bestehenden Anlagen in lufthygienisch Sanierungsgebieten über das Umweltschutzgesetz und die Luftreinhalte-Verordnung nicht realisieren lassen.

Ganz abgesehen würde sich eine allfällig durch den Verkehr verursachte übermässige Lärm- oder Verschmutzungsimmission ohnehin nicht einzelnen Privatparkplätzen zuordnen lassen. Es ist nicht ersichtlich, weshalb von einem Privatparkplatz direkt Immissionen ausgehen sollen und weshalb – vor dem Hintergrund der Parkplatzknappheit in der Stadt Zürich – Parkplätze nicht bestimmungsgemäss genutzt werden sollten. Auch im kantonalen oder im kommunalen Recht lassen sich keine entsprechenden Bestimmungen finden die einen solchen Abbau legalisieren würde.

Ein Abbau von Privatparkplätzen ist heute wegen fehlender gesetzlicher Grundlage nicht möglich und wäre damit selbstverständlich unzulässig.

Die Motionäre von SP und Grüne forderten deshalb den Stadtrat mit der Ausarbeitung einer Verordnung auf, damit ein Abbau von Privatparkplätzen zukünftig rechtlich möglich wird.

Rückwirkung von neuen Gesetzen

Bei Erstellung von Neu- und Umbauten ist die Anzahl der zu erstellenden bzw. zulässigen Parkplätze über die kommunale Parkplatzverordnung (PPV) geregelt, welche seit 1998 in Kraft ist. Rot-Grün will nun mit der Motion im Prinzip bezwecken, dass diese PPV auch auf vor 1998 erstellten Liegenschaften Anwendung findet und die überzähligen Parkplätze abgebaut werden müssen. Die PPV soll somit rückwirkend Gültigkeit entfalten.

Bei einer Rückwirkung von neu erlassenen Gesetzen und Verordnung ist aus juristischer Sicht generell äusserste Zurückhaltung geboten, insbesondere wenn mit neuen gesetzlichen Bestimmungen Rechte der Bürger eingeschränkt werden sollen. Genau dies wäre aber vorliegend der Fall. Bereits erstellte Bauten – darunter fallen auch Privatparkplätze – geniessen einen sogenannten Bestandesschutz, sofern sie seinerseits ordnungsgemäss erstellt wurden und heute noch funktionsgerecht nutzbar sind. Dieser Bestandesschutz ist einerseits Ausfluss der verfassungsmässig garantierten Eigentumsgarantie und ist auch ausdrücklich in der kantonalen Planungs- und Bauzonenverordnung (PBG) verankert.

Verstoss gegen übergeordnetes Recht

Die vorliegende Motion verstösst deshalb nicht nur gegen übergeordnetes kantonales Recht und Bundesrecht, sondern gefährdet auch die Rechtssicherheit. Dass Rot-Grün zur Durchsetzung ihrer ideologischen Ziele vor nichts zurückschreckt, ist eigentlich nichts Neues.

Neu in dieser jahrelang grassierenden Parkplatzvernichtung ist allerdings, dass neuerdings auch bestehende Privatparkplätze ins Visier genommen werden.

Das Geschäft wurde entgegen der Stimmen von SVP, FDP CVP und SD mit 74:49 überwiesen, allerdings in abgeschwächter Form: es soll ein Leitfaden erarbeitet werden, womit Private «freiwillig» auf Parkplätze verzichten sollen (mit klarer Betonung auf sollen).

Man darf sich abschliessend durchaus fragen, weshalb ein Zürcher Grundeigentümer freiwillig auf einen begehrten Parkplatz verzichten soll und weshalb es hierfür einen vom Gemeinderat abgesegneten staatlichen Leitfaden braucht. Fest steht nach diesem Abend allerdings, dass dieser Leitfaden einen weiteren Angriff auf Parkplätze in Zürich darstellen wird.

Wahlen vom 9. Februar

Gemeindewahlen: Liste 2 wählen

Stadtratswahlen: Nina Fehr und Roland Scheck wählen
dazu die restlichen Kandidaten der TOP 5

Bezirksgerichtspräsidium:
Beat Gut (Kandidat der Mehrheit der IPK-Parteien)

Erneuerungswahlen Bezirksgericht Zürich:
Liste 1, Wahlvorschlag der IPK (52 vollamtliche Mitglieder)
Liste A, Wahlvorschlag der IPK (20 teilamtliche Mitglieder)

STADT ZÜRICH: GEMEINDERATSWAHLEN VOM 9. FEBRUAR 2014

Erfolgreiche und sachliche Oppositionspolitik im Gemeinderat

Die SVP hat die Oppositionspolitik in Zürich nicht gesucht, wir bekamen diese vom Stadtzürcher Souverän in den Wahlen von 2010 zugeteilt, denn wir wurden nicht in den Stadtrat gewählt.

Mauro Tuena
Gemeinderat
Fraktionspräsident SVP
Zürich 4/5

Opposition heisst in unserem Fall auch, in der Minderheit im Gemeinderat zu sein. Das ist nicht immer einfach und ist vor allem mit viel Arbeit und Einsatz für die ganze Fraktion verbunden.

Unser Auftrag, gegeben vom Volk, besteht nicht einfach darin, Vorlagen des Stadtrates an den Gemeinderat abzunicken, sondern diese kritisch zu überprüfen und zu hinterfragen. Vielfach müssen Details in den Anträgen der Regierung aus unserer Sicht korrigiert und angepasst werden, damit wir sie schlussendlich unterstützen können. Finden unsere Änderungsanträge keine Mehrheiten, hat die SVP auch die Kraft, eine Vorlage als ganzes in der Schlussabstimmung abzulehnen.

Mehrheiten für SVP-Anträge

Die Schwierigkeit einer sachlichen Oppositionspolitik besteht darin, möglichst zu versuchen für Änderungsanträge Mehrheiten zu finden. Rückblickend kann festgestellt werden, dass uns dies doch ab und zu gelungen ist. Jüngstes Beispiel ist sicherlich der Rahmenkredit für den Bau von Schulraumpavillons von 55 Millionen Franken, der auf unseren Antrag hin in der Schlussabstimmung um rund 10 Prozent auf 50 Millionen Franken gesenkt werden konnte. Auch der Budgetprozess ist ein gutes Beispiel für sachliche Oppositionspolitik. In mehreren Budgetklausuren hat die SVP-Fraktion den Voranschlag 2014 des Stadtrates minuziös durchgeackert und dabei Kürzungsanträge zusammengetragen. Einige von ihnen fanden in der Ratsdebatte Mehrheiten.

Gegen grün-ideologische Verkehrspolitik

Opposition heisst aber auch, Vorlagen, die aus Sicht der SVP unsinnig sind, gänzlich abzulehnen und keine Kompromisse einzugehen. So etwa steckt die Verkehrspolitik in Zürich in grünen Ideologien fest. Motorisierter Individualverkehr wurde vom Stadtrat und leider von einer Mehrheit des Gemeinderates zum Feindbild erklärt.

Dass aber genau dieser Teil des Verkehrs für eine gut funktionierende Volkswirtschaft ein entscheidender Faktor ist, interessiert diese Kreise nicht. Die fixe «Ausschliesslich-und-nur-Velo-Vorstellung» des Stadtrats nimmt inzwischen geradezu groteske Züge an. Diese zeigen sich am sogenannten Projekt «Masterplan Velo», der zurzeit Schritt für Schritt eingeführt wird.

Hier sollen zu Gunsten neuer und sicherlich übermässig breiter Velowege nicht nur Fahrspuren und Parkplätze des motorisierten Individualverkehrs in grosser Anzahl vernichtet werden, sondern auch Trottoirs für die unzähligen Fussgänger in unserer Stadt sollen verkleinert werden. Zudem sollen, ginge es nach dem Willen des rot-grünen Stadtrates, ganze Baumalleen einfach abrasiert werden. Was für eine absurde Vorstellung. Solche Vorlagen unterstützt die SVP nicht.

Mehr SVP für die städtische Politik

Am 9. Februar 2014 sind Gesamterneuerungswahlen des Stadt- und Gemeinderates. Mit Nina Fehr Düsel und Roland Scheck stellen sich zwei ausgezeichnete Kandidaten zur Wahl in den Stadtrat. Aber auch die SVP-Fraktion im Gemeinderat muss verstärkt werden. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Zürich haben es in der Hand, am 9. Februar noch mehr gradlinige, zuverlässige und engagierte Vertreterinnen und Vertreter der SVP in den Gemeinderat zu wählen, indem sie in ihren Wahl-kreisen jeweils die Liste 2 in die Urne werfen.

So können wir auch nach den Wahlen weiterhin den Auftrag des Souveräns mit aller Kraft umsetzen.

Vorankündigung

BLICK on tour

Wie viele Einwanderer braucht die Schweiz?

Ringier Publizist Hannes Britschgi lädt zum Polit-Talk mit Speis & Trank – Eintritt frei!

Es diskutieren über die Masseneinwanderungs-Initiative:
- Christoph Blocher, Ex-Bundesrat und Nationalrat/Zürich, Unternehmer
- Thomas Minder, Ständerat/Schaffhausen, Unternehmer
- Philip Mosimann, CEO Bucher Industries AG
- Paul Rechsteiner, Ständerat/St. Gallen, Rechtsanwalt

Montag, 27. Januar 2014, 18.30 Uhr,
Zürcher Volkshaus, Weisser Saal
- 18.00 Uhr: Türöffnung
- 18.30 Uhr: Podium
- 20.00 Uhr: Speis und Trank

PolitikAktuell aus erster Hand

Podium: Masseneinwanderungsinitiative

Sinn oder Unsinn ?

Freitag, 24. Januar 2014
Aula Schulhaus Zwingert, Buchs ZH
20.15 Uhr (anschliessend Apéro)

Unter der Leitung von **Silvio Seiler** diskutieren:

pro	contra
Gregor Rutz, Nationalrat, SVP	**Balthasar Glättli,** Nationalrat, Grüne
Beat Huber, Kantonsrat, SVP	**Gabriela Winkler** Kantonsrätin, FDP

Die SVP Buchs ZH freut sich über Ihr zahlreiches Erscheinen!

www.svpbuchs.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70
Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Bigbac 1 m³, ideal zum Aufbewahren und Transportieren von Steinen, Holzscheiten, Kies usw. Fr. 20.–/St. B. Meier, 8492 Wila, Tel 079 431 43 12.

GESUCHT

Alpungsbeiträge ab 2014 an den Talbauer! Es werden noch Kühe gesucht – auch solche mit erhöhten Zellzahlen – für gutgräsige Alp. Auskunft: Tel. 078 882 48 95.

ZU PACHTEN GESUCHT

Welcher Landwirt ist pensioniert und möchte auf dem Hof wohnen bleiben, aber seinen Boden verpachten? Suche 10–30 ha Land, Raum Bauma bis Pfäffikon ZH. Zuverlässige und schonende Bewirtschaftung zugesichert. Telefon 079 344 21 15.

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Masseneinwanderung stoppen JA

Jetzt Flyer-Versand in Ihrer Gemeinde sponsern

www.flyer-ueberall.ch/masseneinwanderung

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Einladung zum SVP-Jassturnier

Was: Schieber-Jass mit zugelostem Partner

Wann: Freitag, 24. Januar 2014, 19.30 Uhr
Standblattausgabe ab 19.00 Uhr bis spätestens 19.20 Uhr

Organisation: SVP Hettlingen

Wo: Mehrzweckhalle Hettlingen

Einsatz Fr. 20.00

Es sind schöne Preise zu gewinnen.
Alle JasserInnen erhalten einen Preis!

Die Organisatoren sind gerüstet und freuen sich auf viele Teilnehmer.
Für das leibliche Wohl sorgen die Mitglieder der SVP Hettlingen.

Anmeldungen bitte so schnell wie möglich aber spätestens bis 20.01.14 an:
Eliane Hiestand, Seuzacherstrasse 11a, 8400 Winterthur
e-mail: eliane.hiestand@gmx.ch

SVP Jass-Turnier 24. Januar 2014 in Hettlingen

Name und Vorname.....

Adresse.....

Unterschrift.....

Name und Vorname.....

Adresse.....

Unterschrift.....

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat/Fraktion
Montag, 20. Januar 2014, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern / Aeugst
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20,00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhuus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 10. März 2014, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Hausen am Albis, Generalversammlung.

Bezirk Bülach / Bachenbülach
Donnerstag, 27. Februar 2014, 19.30 Uhr, Mehrzweckhalle Bachenbülach, Informationsabend über Energiebereitstellung und -versorgung. 1. Vortrag von Stephan Amacker, Dipl. Masch. Ing. ETH: Energiewende 2050 realistisch? 2. Vortrag von Dr. Jürgen Bachmann: Mobilität aus der Steckdose. 3. Vortrag von Christian von Burg, Dipl. Ing. ETH: «Mit welchen Energiekosten muss man rechnen?». Fragestellung und Plenumsdiskussion nach den 3 Vorträgen.

Donnerstag, 6. März 2014, Öffentliche Veranstaltung mit Kantonsrätin Barbara Steinemann zum Thema «Wachstumsbranche Sozialindustrie». Ort und Zeit folgen.

Bezirk Dielsdorf / Buchs
Freitag, 24. Januar 2014, 20.15 Uhr, Aula Schulhaus Zwingert, Buchs, Podium Masseneinwanderungsinitiative «Sinn oder Unsinn?». Podiumsteilnehmer: Gregor Rutz, Nationalrat SVP (pro), Beat Huber, Kantonsrat SVP (pro), Balthasar Glättli, Nationalrat Grüne (contra), Gabriela Winkler, Kantonsrätin FDP (contra). Gesprächsleitung: Silvio Seiler. Anschliessend Apéro.

Bezirk Meilen / Meilen
Samstag, 18. Januar 2014, 9.30–12.00 Uhr, vor dem Volg, Dorfstrasse 78, Meilen, Standaktion zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung. Die Behördenkandidaten sind anwesend.

Samstag, 25. Januar 2014, 9.30–12.00 Uhr, vor dem Volg, Dorfstrasse 78, Meilen, Standaktion zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung. Die Behördenkandidaten sind anwesend.

Bezirk Winterthur / Hettlingen
Freitag, 24. Januar 2014, 19.30 Uhr, Mehrzweckhalle, Hettlingen, SVP-Jassturnier. Schieber-Jass mit zugelosten Partnern. Kosten: Fr. 20.–. Jeder erhält einen Preis! Anmeldung bis spätestens Montag, 20. Januar 2014, an Eliane Hiestand, Seuzacherstrasse 11a, 8400 Winterthur oder eliane.hiestand@gmx.ch.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Samstag, 18. Januar 2014, 9.30–11.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Wollishofen, Standaktion im Zusammenhang mit den Stadtrats- und Gemeinderatswahlen und den Abstimmungen vom 9. Februar 2014.

Samstag, 25. Januar 2014, 9.30–11.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Wollishofen, Standaktion im Zusammenhang mit den Stadtrats- und Gemeinderatswahlen und den Abstimmungen vom 9. Februar 2014.

Samstag, 1. Februar 2014, 9.30–11.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Wollishofen, Standaktion im Zusammenhang mit den Stadtrats- und Gemeinderatswahlen und den Abstimmungen vom 9. Februar 2014.

Stadt Zürich / Kreis 6
Samstag, 18. Januar 2014, 9.30–11.30 Uhr, Rigiplatz (vor Migros), Standaktion.

Samstag, 25. Januar 2014, 9.30–11.30 Uhr, Schaffhauserplatz, Standaktion.

Samstag, 1. Februar 2014, 9.30–11.30 Uhr, Schaffhauserplatz, Standaktion.

Samstag, 8. Februar 2014, 9.30–11.30 Uhr, Rigiplatz (vor Migros), Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 18. Januar 2014, 10.00–11.30 Uhr, Röschibachplatz, Standaktion Wipkingen.

Dienstag, 21. Januar 2014, 19.30 Uhr (Apéro 19.00 Uhr), Restaurant Grünwald, Rütihof, Zürich, Generalversammlung. Die Gemeinderatskandidatinnen und -kandidaten stellen sich vor.

Samstag, 25. Januar 2014, 10.00–11.30 Uhr, Migros Höngg, Standaktion.

Samstag, 1. Februar 2014, 10.00–11.30 Uhr, Röschibachplatz, Standaktion Wipkingen.

Samstag, 8. Februar 2014, 10.00–11.30 Uhr, Migros Höngg, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 28. Februar 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referat Kantonsrätin Anita Borer, SVP, Uster, Thema: «Wie begeistert man junge Leute für die Politik?».

Freitag, 23. Mai 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Gastreferent: Kantonsrat Matthias Hauser, SVP, Hüntwangen. Thema: «Wie kann die Volksschule wieder gesunden?».

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Montag, 27. Januar 2014, 19.00 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

Donnerstag, 24. April 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 26. Juni 2014, 19.00 Uhr, Sommerhöck (weitere Angaben folgen).

Montag, 1. September 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 3. November 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Freitag, 28. November 2014, 19.00 Uhr, Adventsessen (weitere Angaben folgen).

Dienstag, 27. Januar 2015, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 24. Januar 2014, 20.00 Uhr, Rittersaal, Obergasse 45, Eglisau, Erzählnacht für jedermann, u. a. mit Nationalrat Hans Fehr, der bekannte deutsche Gedichte rezitiert.

Montag, 27. Januar 2014, Le Pavillon, Zentralstrasse 63, 2500 Biel, 18.15 Uhr Türöffnung, Begrüssungsapéro, 19.20 Uhr, «Suurchabis-Obe» der SVP Biel mit verschiedenen Gästen. Referate der Nationalräte Hans Fehr (SVP/ZH) und Jean-Pierre Grin (UDC/VD).

Montag, 10. Februar 2014, 20.00 Uhr, Mehrzweckhalle Steinboden, Eglisau, öffentliche Veranstaltung der SVP Eglisau (unterstützt von den SVP-Sektionen im Rafzerfeld) zum hochaktuellen Thema «Schluss mit dem Verkehrschaos im Raum Eglisau» (Sofortmassnahmen und Umfahrung). Hauptreferat von Regierungsrat Ernst Stocker, Volkswirtschaftsdirektor; Kurzreferate aus der Sicht von Betroffenen. Fragenbeantwortung und Diskussion. Anschliessend Gratis-Apéro.

Samstag, 22. Februar 2014, 10.15–16.00 Uhr (Türöffnung 9.00 Uhr), Kaserne Reppischtal, Birmensdorf ZH, 14. Nationaler SVP-Jasscup mit Bundesrat Ueli Maurer sowie National- und Ständeräten der SVP, Modus: Schieber mit zugelostem Partner, 4 Passen à 12 Spielen, gewertet 48 Spiele. Kartenart: Französische und Deutschschweizer Karten. Preise: viele attraktive und schöne Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger. Schätzwettbewerb: 1. Preis Fr. 300.–; 2. Preis Fr. 200.– und 3. Preis Fr. 100.–. Teilnahmegebühr: Fr. 30.– Jassgebühr ist an der Eingangskasse zu bezahlen, Fr. 25.– Mittagessen (Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich). Teilnehmer: Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Organisation: SVP Dietikon unter der Leitung von OK-Präsident Nationalrat Hans Egloff und Nationalrat Felix Müri. Turnierleiter: Christian Zürcher. Anmeldung (Platzbeschränkung): Telefon 031 300 58 58, Mail: betschart@svp.ch, Anmeldetalon unter www.svp.ch.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 2296–3480
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+ 2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:
Reinhard Wegelin (rw.),
Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

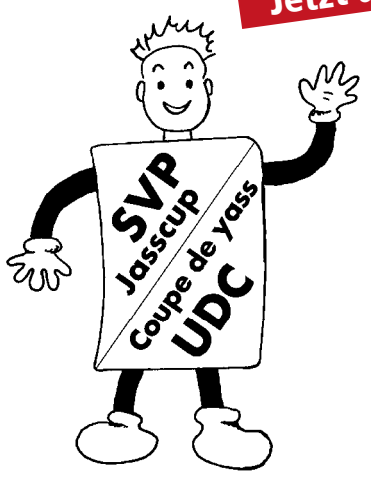
Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr

Insertionspreise:
www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Jetzt anmelden



14. Nationaler SVP-Jasscup

mit Bundesrat Ueli Maurer
und SVP-National- und Ständeräten

Samstag, 22. Februar 2014
10.15 – 16.00 Uhr, Türöffnung um 9 Uhr

in der Kaserne Reppischtal, Birmensdorf ZH

Modus
Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

Kartenart
Französische und Deutschschweizer Karten.

Preise
Es gibt viele attraktive Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein kleines Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger.
Schätzwettbewerb:
1. Preis Fr. 300.-; 2. Preis Fr. 200.-; 3. Preis Fr. 100.-

Teilnahmegebühr
- Jassgebühr: Fr. 30.-
  ist an der Eingangskasse zu bezahlen
- Mittagessen: Fr. 25.-
  Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich

Teilnehmer
Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

Anmeldung
Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, Sich mit dem untenstehenden Talon per Email, Post oder Fax baldmöglichst anzumelden (Platzbeschränkung).
Anmeldeschluss ist der 14. Februar 2014

Organisation
SVP Dietikon ZH unter der Leitung von OK-Präsident Nationalrat Hans Egloff und Nationalrat Felix Müri.
Turnierleiter: Christian Zürcher

✂- -

Anmeldetalon

Ich melde mich für den 14. Nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 22. Februar 2014 an:

❑ Französische Karten ❑ Deutschschweizer Karten ❑ Egal

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ PLZ Ort: _____

Tel.: _____ E-Mail: _____

Anmeldung bis spätestens 14. Februar 2014 an:
SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern
Tel. 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail: betschart@svp.ch